Gesundheitsberufe fordern Wertschätzung und Honorierung ihrer Arbeit

Erschienen am 17.12.2013

Die neue Resolution des Bündnis Gesundheit 2000, das fast fünf Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen vertritt, fordert von der neuen Großen Koalition eine stärkere Wertschätzung und Honorierung der Arbeit der Gesundheitsberufe.

Der Bündnistag Anfang Dezember stand unter der Leitung von Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery, dem Präsidenten der Bundesärztekammer. Für den Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten haben IFK-Vorsitzende Ute Repschläger und Geschäftsführer Dr. Frank Dudda die Resolution mit diskutiert und verabschiedet. Der IFK unterstützt damit das gemeinsame Vorhaben und begrüßt die Zusammenarbeit der Berufsverbände. Die Position der Physiotherapeuten und auch der Heilmittelerbringer insgesamt wird somit gestärkt.
Die Forderungen in der Resolution beginnen zum Beispiel bei der freien Wahl des Arztes oder des Physiotherapeuten über das Stärken des Nachwuchses in Gesundheitsberufen bis zu einer Weiterentwicklung des dualen Krankenversicherungssystems. Ziel ist zudem ein gesundheitsfördernder Ansatz: Dabei gilt es, rein krankheitsorientierte Strukturen mit komplizierten bürokratischen Prozessen abzubauen und die Prävention zu stärken.
Im Hintergrund steht zum einen die demografische Entwicklung, die in einer alternden Gesellschaft mehr Behandlungen und Therapien erforderlich macht. Zum anderen muss für die Patienten die Qualität der Behandlungen sichergestellt sein, was neue Investitionen in Einrichtungen und Personal erfordert.
Im Bündnis Gesundheit 2000 hatten sich zur Jahrtausendwende 37 Verbände und Organisationen des Gesundheitswesens zusammengeschlossen, um Perspektiven für eine patientengerechte Gesundheitspolitik aufzuzeigen. Das Bündnis vertritt fast 5 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen, unter ihnen die Vertreter der Pflegeberufe, Arzthelferinnen, Apotheker, Assistenzberufe, Ärzte, Zahnärzte und Heilmittelerbringer.
In einem nächsten Schritt werden aus dem Resolutionspapier nun spezifische Forderungen entwickelt und an die Gesundheitspolitik mit der Aufforderung zur Diskussion übersandt.
Das komplette Papier ist hier einzusehen.